

THEODOR BERGMANN

Die Gewerkschaftslinken formiert sich

Am 3. und 4. Dezember trafen sich im Stuttgarter Gewerkschafts-
haus über 300 kritische Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen,
Betriebsräte, Vertrauensleute, Gewerkschaftsangestellte zu einem
zweiten bundesweiten Ratschlag. Eingeladen hatte die Initiative für
Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Als Referenten waren auch
Vertreter der Erwerbslosen- und der Sozialhilfeempfänger-Initiativen
gekommen. In zwei Plenarsitzungen und drei Foren wurden
folgende Hauptthemen behandelt: Aufgaben der Gewerkschaften
nach dem Übergang der SPD zu einer gewerkschaftsfeindlichen
Politik; Tarifpolitik; Zukunft der Arbeit; Probleme der Sozialversi-
cherung; Mitbestimmung.

In der ersten Plenarsitzung berichtete Harald Rein von den Er-
werbsloseninitiativen über die verschärften Zahlungskürzungen
und den erhöhten Druck, jede angebotene Arbeit anzunehmen, da-
mit den Niedriglohnsektor auszuweiten und das allgemeine Lohn-
niveau zu senken. Dieses Bild wurde im Forum »Sozialstaat als
Reformprojekt« von Cora Molloy, Geschäftsführerin der BAG So-
zialhilfe-Initiativen, ergänzt. Sie schilderte die noch schlechtere
Lage der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger.
Von Sozial- und Wohlfahrtsstaat ist da nichts mehr zu erkennen.
Vielleicht sollten wir daher auf diesen Euphemismus verzichten.

Bodo Zeuner von der Freien Universität Berlin schilderte die
Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik unter der neuen
Regierung. Mit dieser müsse sich das Verhältnis der Gewerk-
schaftsbewegung zur SPD radikal verändern. Es sei nicht mehr zu
erwarten, daß die SPD-Führung gewerkschaftliche Forderungen
akzeptiert und erfüllt. Die alte, manchmal spannungsreiche, Bezie-
hung sei beendet. Die Interessenvertretung der Werktätigen auf
politischem Felde müsse nun ohne die SPD organisiert werden. Die
freien Gewerkschaften hätten immer auch politisch gehandelt,
manchmal klassenkämpferisch, manchmal wirtschaftsfriedlich und
auch mal kriegstreiberisch – das hing nicht zuletzt vom Druck der
Basis ab. Jetzt seien diese wichtigsten potentiell demokratischen
Massenorganisationen noch mehr zu politischem Einsatz und zur
Suche nach Verbündeten gezwungen. Mit ihrer neuen Regierungs-
orientierung kämen die Grünen noch weniger als die SPD als Part-
ner der Gewerkschaften in Frage. Das politische Mandat der freien
Gewerkschaften sei neu zu definieren und einzugrenzen. Hier gäbe
es eine Aufgabe für die PDS unter der Voraussetzung, daß sie sich
fürderhin zum Klassenkampf bekennt.

Theodor Bergmann –
Jg. 1916, Stuttgart.
Politisch geprägt durch die
KPD-O; 1933 Emigration,
Landarbeiter im ehemaligen
Palästina, der CSR und
Schweden. Anfang 1946
Rückkehr nach West-
deutschland, zusammen
mit Heinrich Brandler und
Waldemar Bolze Herausge-
ber der »Arbeiterpolitik« bis
1952. 1973-81 Professor für
international vergleichende
Agrarpolitik an der Univer-
sität Stuttgart-Hohenheim.
Umfangreiche publizistische
Tätigkeit zur Geschichte der
Arbeiterbewegung, u.a.
1987 »Gegen den Strom« –
die Geschichte der
Kommunistischen Partei
Deutschlands – Opposition.

Der Regierungswechsel hat keinen Politikwechsel gebracht. Die Gewerkschaften müssen der Regierung als eigenständige Kraft gegenüberreten. Als Anhängsel der Regierungspolitik werden die Gewerkschaften keine Zukunft haben. Die Instrumentalisierung des Staates für die Interessen des Kapitals muß durch außerparlamentarische Mobilisierung im Bündnis mit anderen sozialen Gruppen und Trägern fortschrittlicher Politik auf nationaler und internationaler Ebene entgegengewirkt werden. Die Gewerkschaften müssen ein Aktionsprogramm entwickeln, dafür werben und mobilisieren, in dessen Mittelpunkt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und das Eintreten für soziale Grundrechte steht. Für eine Gewerkschaftspolitik jenseits von Sozialpartnerschaft und Wettbewerbskorporatismus Thesen des Arbeitsausschusses Netzwerk Gewerkschaftslinker.

Neben den materiellen Mißerfolgen hat die Entwicklung in den neunziger Jahren erhebliche Auswirkungen auf die Stimmung der Gewerkschaftsmitglieder gehabt. Der Glaube an die Kampffähigkeit und Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften war vielerorts erschüttert. Zum Teil stellte sich der Sinn einer Mitgliedschaft überhaupt in Frage. Michael Schlecht: Thesen zu den Perspektiven der Tarifpolitik.

Aus den Debatten wurde klar, daß Tarif-, Sozial- und Wirtschaftspolitik eng zusammenhängen, in vielfachen Wechselbeziehungen stehen. Eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist das zentrale Problem. Daran haben die Unternehmer faktisch kein Interesse, vielmehr nutzen sie die »Bündnis«-Gespräche, um die Gewerkschaften zu fesseln. Und diese befinden sich nicht einmal mehr in der Defensive, sondern weitgehend auf dem Rückzug vor den immer härteren Unternehmerforderungen. Lohnbescheidenheit und Reallohnsenkungen wirken negativ auf die Renten und – wegen des »Abstandsgebotes« – auf die Unterstützungssätze der Erwerbslosen und der Sozialhilfeempfänger.

Kritisch ist festzustellen, daß die Sprachregelungen der dominierenden Medien bis in die Reihen der Werktätigen und noch stärker bei manchen Erwerbslosen wirken. Manche von ihnen akzeptieren, daß »uns die Arbeit ausgeht«, finden sich, nach langer, vergeblicher Arbeitsuche entmutigt, mit ihrem Los ab und folgen den absurden Thesen bürgerlicher Soziologie-Professoren. Sie vergessen, daß die Werktätigen nichts anderes als ihre Arbeitskraft haben. Dabei wird verdrängt, ob es sich nun um Hand- oder Kopfarbeit handelt, daß sie sich nur durch Arbeit verwirklichen, daß sie durch Lohnarbeit ihren und ihrer Kinder Lebensunterhalt verdienen müssen, daß sie mit dieser die Rentenversicherung aufrechterhalten. Richtig ist, daß dank der Intensivierung der Arbeitsleistung, der technischen Innovationen, der Auslagerung in Billiglohnländer die für Kapitalisten betriebswirtschaftlich profitable Lohnarbeit knapper wird. Also brauchen wir einen öffentlichen Beschäftigungssektor zu Tariflöhnen, der die gesellschaftlich notwendigen Aufgaben und Arbeiten durchführt, deren es immer mehr gibt, die aber immer weniger in Angriff genommen werden.

Michael Schlecht leitete im Forum Tarifpolitik die Diskussion ein. Seine Kernthesen: Seit Anfang der neunziger Jahre seien die Gewerkschaften in der Tarifpolitik in die Defensive geraten. Der politische Kampf der Gewerkschaften wende sich zunächst gegen alle unsozialen Politikkonzepte. Dabei dürfe es keine taktischen Rücksichten geben. Auch eine rot-grüne Bundesregierung müsse angegriffen werden, wenn sie – wie seit Frühjahr dieses Jahres – in neoliberale Politikmuster verfällt. Die politische Positionierung darf aber nicht bei der bloßen Gegenwehr stehenbleiben. Ausgehend von konkreten Forderungen müsse versucht werden, durch Mobilisierung auf die politische Gestaltung Einfluß zu nehmen.

Die Ursache für diese Entwicklung liege in der strukturellen Überakkumulation. In dieser Situation müßten die Gewerkschaften die Betriebs- und Tarifpolitik sowie die politische Mobilisierung viel früher als bisher abstimmen. In der Tarifpolitik sollte in der unmittelbaren Perspektive der Schwerpunkt auf einer offensiven Lohnpolitik liegen. Diese sei in eine politische Kampagne und Mobilisierung für mehr Verteilungsgerechtigkeit einzubetten.

Im Forum Mitbestimmung stand die für das Jahr 2000 angekündigte gesetzliche Neuregelung der Machtverhältnisse in den Unternehmen (Betriebsverfassung, Mitbestimmung) im Zentrum der Debatte. Bei der Kapitulation der Politik vor der Ökonomie und der Logik des Marktes ist es nicht geblieben. Alle sozialdemokratisch

geführten Regierungen und Linkskoalitionen haben sich mit den Luftangriffen auf Jugoslawien auch der Logik des Krieges und der NATO-Doktrin unterworfen und – schlimmer noch – diese Logik zu ihrer eigenen Sache gemacht. Die Gewerkschaften müssen eine verlässliche Kraft gegen Krieg und Militarisation werden. Die Repolitisation der Gewerkschaftsarbeit und die Politisierung der Aktionen, Kampagnen und Streiks ist erforderlich.

Ewald Wehner stellte die Überlegungen der Gewerkschaftslinken dazu vor. Die gesellschaftspolitische Dringlichkeit einer Politisierung dieser Frage ergibt sich zum einen daraus, daß in Gewerkschaften und Betrieben die geplante Neuregelung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit auf nur wenig Interesse stößt. Zum anderen hat die Mitbestimmungskommission der Hans-Böckler- und der Bertelsmann-Stiftung unter Beteiligung führender Gewerkschafter sich für eine Konzeption ausgesprochen, die vom Gewerkschaftsentwurf große Abstriche macht. Übereinstimmend wurde festgehalten, daß damit eine deutliche Verschlechterung der Einflußmöglichkeiten von Gewerkschaften und Betriebsräten und ein weiterer Ausbau der Macht des Kapitals bei den Arbeits- und Lebensbedingungen droht. Die Vertreter der »neuen Mitte« wollen die Betriebsverfassung in diesem Sinne weiterentwickeln und die Mitbestimmung auf einzelbetriebliche Beschäftigungssicherung beschränken. Mit Blick auf den Shareholder value und die Machtverlagerung vom Management zu den Aktionären wird für eine radikale Korrektur plädiert, weil die jetzige Regelung von Unternehmensverfassung und Mitbestimmung angeblich die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals beeinträchtigt.

Kontrovers blieb in der Debatte, ob die Gewerkschaften für die gegenwärtige Entpolitisierung und massive Ausbreitung von »mitbestimmungsfreien Zonen« selbst verantwortlich seien. Die Initiative der Gewerkschaftslinken zur Politisierung der Reform von Unternehmensverfassung und Mitbestimmung soll in den nächsten Wochen ausgebaut werden. In einer Arbeitsgruppe soll die Konzeption der Gewerkschaftslinken konkretisiert und begründet werden. Klar war allen, daß gewerkschaftliche Interessenvertretung heute mehr denn je internationalistisch sein muß. Es darf den internationalen Konzernen nicht gelingen, die Werk tätigen verschiedener Nationalitäten gegeneinander auszuspielen; die Werk tätigen der bisherigen Niedriglohnländer dürfen in unserem Bewußtsein nicht zu Gegnern werden.

Die Linke braucht einen langen Atem. Wir halten es für absurd, mit den Profiteuren des Arbeitsplatz- und Sozialabbaus ein »Bündnis für Arbeit« schließen zu können. Wir setzen nicht auf Sozialpartnerschaft, sondern auf gewerkschaftliche Gegenmacht.

In Zeiten großer Verwirrung muß die Gewerkschaftslinken geduldig gemeinsame Grundlagen erarbeiten. Das hat sie auf einigen Feldern bereits getan, so bezüglich der deutschen Kriegspolitik und des Bündnisses für Arbeit. Sie wird nicht in allen Fragen zu gemeinsamen Positionen kommen können. Daher ist Toleranz unter den sozialistischen Strömungen notwendig. Es war deshalb kein Unglück, daß die vorher allen TeilnehmerInnen zugesandten Thesen, so gut und richtig sie größtenteils sind, nicht verabschiedet

Ein grundlegender Perspektivenwechsel muß weiterhin ein europäisch-internationales Politikverständnis entwickeln, das sich außerhalb der nationalistischen Standortlogik bewegt. Nationale Konzessionspolitik, die den Unternehmern Vorteile im internationalen Konkurrenzkampf ermöglichen soll, führt zu Sozialdumping, Nationalismus und letztlich zur Unfähigkeit, sich dem Diktat der Unternehmer zu verweigern. Die europäische Gewerkschaftskooperation wird durch solche Wettbewerbsallianzen ad absurdum geführt. In der Verbesserung betrieblicher und gesellschaftlicher Konflikt- und Artikulationsfähigkeit liegt auch eine wichtige Alternative zu den verhängnisvollen Mitbestimmungsthesen der Stiftungen Böckler/Bertelsmann, die einen klaren Bruch mit dem bisherigen Verständnis gewerkschaftlicher Interessenpolitik vollziehen. Staat Gegenmacht und Konfliktfähigkeit wird hier der Anpassung an die Standortlogik des Kapitals und der Verbetrieblichung der Tarifpolitik das Wort geredet. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß das bestehende Mitbestimmungsmodell bereits heute mehr ein Integrationsinstrument als ein Beitrag zur Herstellung von Gegenmacht ist.

Bernd Riexinger, Andreas Bachmann: Thesen für einen Perspektivenwechsel gewerkschaftlicher Politik.

wurden. Sie bleiben dennoch Richtschnur für die weitere Arbeit. Gerhard Schröder will die Gewerkschaften durch das Bündnis für Arbeit fesseln. Die Gewerkschaftslinke muß diese lebensbedrohende Fessel aufbrechen und abwerfen.